

Projekt

Neubau einer Kindertagesstätte in Dinslaken

Erläuterungsbericht zur
Genehmigungsplanung
Solaranlagen-Verordnung NRW
(SAN-VO NRW) und
Gebäude-
Elektromobilitätsinfrastrukturgesetz
(GEIG)

**Bauherrschaft /
Auftraggeber**

Stadt Dinslaken
Hünxener Str. 81
46537 Dinslaken

**Fachingenieur
Technische
Ausrüstung**

Krawinkel Ingenieure GmbH
Beratende Ingenieure VBI
Kempener Allee 168 - 170
47803 Krefeld
Telefon: 02151 / 7680-0
Telefax: 02151 / 7680-39
E-Mail: mail@krawinkel.net

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Solaranlagen-Verordnung NRW.....	3
Elektromobilitätsinfrastrukturgesetz (GEIG).....	5
 Abbildung 1: Anordnung PV Module Kita Dinslaken	4
Abbildung 2: Auszug aus dem GEIG	5
Abbildung 3: Parkplätze an der Douvermannstr.	6

Einleitung

Die Stadt Dinslaken beabsichtigt eine neue Kindertagesstätte an der Douvermannstraße zu errichten.

Im Rahmen der Genehmigungsplanung ist die Einhaltung der aktuellen Vorgaben aus der Bauordnung NRW nachzuweisen.

Dies betrifft im Bereich der Elektrotechnik die Ausstattung der Gebäude mit PV-Anlagen gemäß Solaranlagen-Verordnung NRW (SAN-VO NRW).

Solaranlagen-Verordnung NRW

Die Solaranlagen-Verordnung Nordrhein-Westfalen (SAN-VO NRW) konkretisiert die in der Landesbauordnung NRW (§§ 42a und 48 Abs. 1a BauO NRW) verankerte Solarpflicht. Sie ist seit dem 19. Juni 2024 in Kraft und regelt detailliert, wann, wo und wie Photovoltaikanlagen installiert werden müssen. Ab dem 1. Januar 2024 gilt die Verpflichtung zur Installation einer Photovoltaikanlage bei Neubauten von Nichtwohngebäuden, sofern der Bauantrag nach diesem Zeitpunkt eingereicht wurde. So sind mindestens 30% der Bruttodachfläche mit PV zu belegen. Die Bruttodachfläche bezeichnet die gesamte überdeckte Fläche einschließlich Dachüberstand, jedoch ohne Berücksichtigung der Dachrinne. Bei einer Leistung von mehr als 100 kWp ist der Betreiber nicht mehr im Rahmen der Vergütungen gemäß Gebäudeenergiegesetz, sondern muss seinen Strom direkt auf dem Markt selbst vermarkten.

Diese 100kWp werden in der SAN-VO NRW §4 als maximale Größe definiert, die bauordnungsrechtlich gefordert wird.

(3) Die Pflicht nach § 1 Absatz 2 wird auf diejenige installierte Leistung einer Photovoltaikanlage begrenzt, für die die Voraussetzungen für einen gesetzlichen Zahlungsanspruch nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist, gegeben sind, ohne an Ausschreibungen zur wettbewerblichen Ermittlung des Zahlungsanspruches nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz teilnehmen zu müssen.

(https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=53392&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=657284)

Die Kindertagesstätte erhält eine PV Anlage mit einer Leistung von 65,7 kWp.

Die Brutto-Dachfläche der Kindertagesstätte beträgt 940 m². Damit die 30 % eingehalten werden, ist eine PV-Fläche von 282 m² zu berücksichtigen.

Vorgesehen sind 146 PV-Module mit einer PV-Generatorfläche von 283 m².

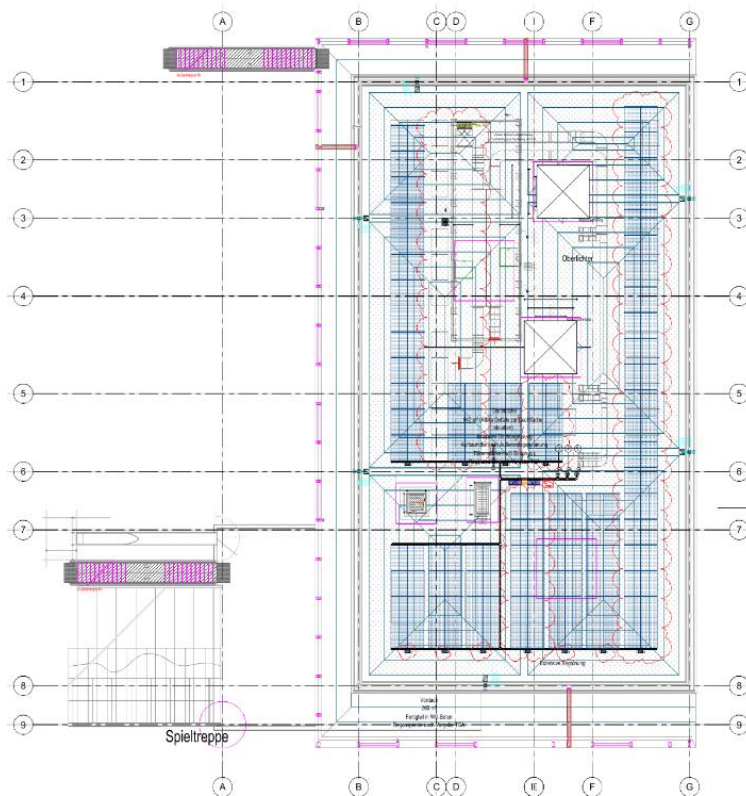


Abbildung 1: Anordnung PV Module Kita Dinslaken

Somit sind die Anforderungen gemäß SAN-VO NRW auf beiden hier zu genehmigenden Bauteilen erfüllt.

Elektromobilitätsinfrastrukturgesetz (GEIG)



Bundesministerium
der Justiz

Bundesamt
für Justiz

Gesetz zum Aufbau einer gebäudeintegrierten Lade- und Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität* (Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz - GEIG)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

GEIG

Ausfertigungsdatum: 18.03.2021

Abschnitt 3 **Zu errichtende Gebäude**

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

§ 6 Zu errichtende Wohngebäude mit mehr als fünf Stellplätzen

Wer ein Wohngebäude errichtet, das über mehr als fünf Stellplätze innerhalb des Gebäudes oder über mehr als fünf an das Gebäude angrenzende Stellplätze verfügt, hat dafür zu sorgen, dass jeder Stellplatz mit der Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität ausgestattet wird.

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

§ 7 Zu errichtende Nichtwohngebäude mit mehr als sechs Stellplätzen

Wer ein Nichtwohngebäude errichtet, das über mehr als sechs Stellplätze innerhalb des Gebäudes oder über mehr als sechs an das Gebäude angrenzende Stellplätze verfügt, hat dafür zu sorgen, dass

1. mindestens jeder dritte Stellplatz mit der Leitungsinfrastruktur für die Elektromobilität ausgestattet wird und
2. zusätzlich mindestens ein Ladepunkt errichtet wird.

Abbildung 2: Auszug aus dem GEIG

Gemäß den Anforderungen an das GEIG ist für Nichtwohngebäude eine Ladeinfrastruktur an jedem dritten Stellplatz sowie eine Ladesäule zu errichten.

Dies erfolgt in diesem Projekt im Bereich des Parkplatzes mit der Vorrüstung von entsprechenden Leerrohren zum Gebäude.

Ein Parkplatz wird mit einer Ladesäule ausgestattet.

